

**Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne und CDU vom 13. Mai 2014 betr.
Städtebauliches Konzept für das Klinikgelände in Eberstadt**



**B' 90/Die GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion
Darmstadt**
Lauteschlägerstr. 38—64289 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/6 14 90, 06151/6 14 01
Mail: fraktion@gruene-darmstadt.de
Internet: www.gruene-darmstadt.de/fraktion

**CDU Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion**
Steubenplatz 12 4—64293 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/171211, 06151/171219
Email: fraktion@cdu-darmstadt.de
Internet: www.cdu-darmstadt.de

Darmstadt, 13.05.2014

A N T R A G

Städtebauliches Konzept für das Klinikgelände in Eberstadt

Eine zukünftige Wohnbebauung des Klinikgeländes in Eberstadt ist eine entscheidende Zukunftschance für den Süden Eberstadts mit Kirchtannen- und Fritz-Dächert-Siedlung und für die Entwicklung des ganzen Stadtteils – durch einen einfühlbaren und das Quartier aufwertenden Städtebau und eine weitere soziale Durchmischung. Deshalb wird der Magistrat gebeten:

1. Rechtzeitig vor Freiwerden des Klinikgeländes (spätestens bis Ende 2015) ein städtebauliches Konzept vorzulegen. Sollten Teilflächen vorab entwickelt werden, darf dies nur auf Grundlage des Gesamtkonzepts erfolgen.
2. Eine qualitätvolle Bebauung vorzusehen aus EFH, MFH / Stadtvillen, welche die jeweiligen Ränder der vorhandenen Bebauung aufnimmt.
3. Eine Öffnung und Durchwegung des Klinikgeländes nach allen Himmelsrichtungen vorzusehen – so dass das neue Quartier eine verbindende Funktion bekommt.
4. Möglichkeiten für bürgerschaftliche Treffpunkte (evtl. auch Gastronomie) vorzusehen.
5. Die Bürgerschaft vor Ort rechtzeitig einzubinden durch vorhandene Gremien (Stadtteilwerkstatt) und weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.
6. Keine Vorfestlegung auf einen einzigen Bauträger zu treffen.
7. Durch Architekturwettbewerbe für einzelne Bauabschnitte/Investorenareale eine hochwertige Bebauung im Erscheinungsbild des Quartiers sicherzustellen.
8. Eine Mischung aus Wohnbebauung, Sondernutzung oder auch Gewerbenutzung in den denkmalgeschützten Gebäuden vorzusehen, dazu können auch KITAS, seniorengerechtes Wohnen oder studentisches Wohnen gehören. Mietwohnungen wie Wohneigentum sollen auf dem Gelände entstehen.
9. 20 % der entstehenden Wohnbebauung für öffentlich geförderten Wohnungsbau vorzusehen, dieser Anteil kann auch über mittelbare Belegung, Sonderwohnformen (integrierte Wohnprojekte) oder studentisches Wohnen erreicht werden.
10. Für Familien mit niedrigen Einkommen, die gleichwohl über den Grenzen der klassischen Förderwege liegen, ebenfalls Wohnraum in diesem Rahmen bereitzustellen.

11. Ein quartiersweites Energiekonzept zu entwickeln mit dem Ziel der CO₂-Reduktion.
12. Eine Ordnung des ruhenden Verkehrs vorzunehmen mit einer Mischung aus Parken auf den eigenen Grundstücken, Parken vor oder unter den Gebäuden – sowie in Sammelparkanlagen. Dabei sind die Erfahrungen aus anderen Städten zu berücksichtigen und „Angsträume“ auszuschließen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hilde Förder-Heldmann
Yücel Akdeniz
(Fraktionsvorsitzende)

Hans Fürst
Birgit Pörtner

(Stadtverordnete)

Hartwig Jourdan
(Fraktionsvorsitzender)

Ctirad Kotoucek
Ludwig Achenbach

(Stadtverordnete)